

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-42882](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-42882)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis bei Vorauszahlung für einen Monat einfl. 1,20 Mk., bei Selbstbezahlung von der Expedition 1,40 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 3,60 Mk., für zwei Monate 2,40 Mk., monatlich 1,20 Mk. einfl. Postgebühren.

Redaktion und Hauptexpedition Peterstr. 76 Fernsprechanschl. 58, Amt Wilhelmshaven — Filiale Altonaerstraße 24.

Bei den Inseraten wird die 7-spaltige Zeile oder deren Raum für die Inserenten in Württemberg-Wilhelmsbaven und Umgegend, sowie der Provinzen mit 25 Pf. berechnet, für sonstige auswärtige Inserenten 35 Pf.; bei Wiederholungen entsprechende Abatt. Größere Anzeigen werden tags vorher erbeten. — Preisbestimmungen unveränderlich. Bestellsliste S. 57.

52. Jahrgang.

Küstrinen, Donnerstag, den 21. März 1918.

Nr. 68.

Heeresberichte.

(B. Z. B.) Berlin, 19. März, abends. (Amtlich.) Neges schritt an der Westfront die Gefechtsintensität ein. In der Nordfront von Verdun und im Harrowalde blieb das Artilleriefeuer lebhaft. Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts neues. (B. Z. B.) Wien, 19. März. Amtlich wird verkündet: Keine Ereignisse von Belang. Der Chef des Generalstabes.

Vor einer englischen Offensive?

(Telegramm unseres Kriegsberichterstatters Dr. Kolth Köster.) Englische Front, 18. März. Von Harcom Frühlingserwetter begünstigt, scheint die seit Wochen an der Westfront dauernde Stagnation ihren Augenblick sich lösen zu können. Dabei steht durchaus noch nicht fest, wer von den beiden fürstlich gestellten Gegnern Anstöße sein wird. Ich habe in dem letzten Heften den Frontabschnitt zwischen St. Quentin und Lille besucht. Alle Beobachtungen an diesem Abschnitt lassen den Schluss zu, daß hier mit größeren Aktionen des Gegners zu rechnen ist. Darauf deutet nicht allein die immer lebhafter werdende Aufklärungsintensität seiner Artillerie hin, es herrscht darüber besonders im Abschnitt St. Quentin die Unruhe und Unspannung aller Kräfte, wie wir sie aus den Augen vor den ersten Offensiven vom letzten Jahre her kennen. Was für Endabsichten der Engländer mit seiner erhöhten Tätigkeit gerade in dem mit Blut getränkten Abschnitt Lille-St. Quentin im Auge hat, sei dahingelassen. Sollte er hier eine neue Durchbruchsschlacht wagen wollen, so findet er unsere Armee gerade hier wohlgerüstet. Leistung und Truppe sehen seinen Vorstößen mit derjenigen Ruhe entgegen, zu der wir bei dem heutigen Stande unserer Vorbereitungen, unserer Menschen- und Materialreserven mehr als jemals ein gutes Recht haben. Von den benachbarten Abschnitten zeichnet sich die Klerendfront durch fast völlige Ruhe aus. Das dortige tiefe Gelände hat sich in den blutigen Schlachten des letzten Jahres für beide Teile anscheinend so ungunstig erwiesen, daß mit einem Wiederentstehen ernsthafterer Kämpfe dort kaum zu rechnen sein dürfte.

Kriegsbeschädigte zu kaufen gesucht.

Der Zusammenschluß der Kriegsbeschädigten auf fortschrittlicher und freiheitlicher Grundlage ist den Reaktionen der Weltöffentlichung gewaltig in die Wiegen gefallen. Mit allen Mitteln und je befristet, gegen jeden Zusammenschluß Gegenwindung zu organisieren. Da es nun aber durch die Natur der Dinge unerschließbar erscheint, daß sich Kriegsbeschädigte, die die Erfahrungen des Schützengrabens hinter sich haben, freiwillig als Schutzgarde für konterbative und alldeutsche Bestrebungen hergeben werden, so versuchen die Reaktionen die Anwendung lohnenderer Mittel. Geld hat ja bei den Weltöffentlichung noch eine Rolle gespielt. Man hat sich Verlagsanstalten gekauft, man hat sich Zeitungen gekauft, Webner gekauft — warum soll man sich nicht auch Kriegsbeschädigte kaufen? Der erste Kaufverbot ereignete sich bereits im Januar d. J. im Anschluß an die skandalösen Vorfälle in der Versammlung der Vaterlandspartei wo die Kriegsbeschädigten von den alldeutschen Heimkriegerern mißhandelt wurden. Wenige Tage nach dieser Versammlung erschien bei einem Verbandsmitglied der Berliner Ortsgruppe des Hamburger Bundes deutscher Kriegsbeschädigter, einer nicht sehr bedeutenden Kriegsbeschädigtenorganisation, ein Herr, der sich als Beauftragter der Vaterlandspartei zu erkennen gab. Dieser Herr machte dem Verbandsmitglied des Hamburger Bundes den Vorschlag, seine Organisation solle eine öffentliche Erklärung gegen den Bund der Kriegsbeschädigten und ehemaliger Kriegsteilnehmer abgeben. Wskand würde es dem Hamburger Bund an einflussreicher Unterstützung und finanzieller Hilfe aus den Kreisen der Vaterlandspartei nicht fehlen!

Der vaterlandsparteiliche Kriegsbeschädigtenaufkäufer hatte aber noch! Die Hamburger Verbandsmitglied waren nämlich selbst in der Versammlung der Vaterlandspartei zugegen gewesen, und die dortigen Vorgänge hatten sie aus rein menschlichen und kameradschaftlichen Gefühlen mit tiefer Empörung gegen die Vaterlandspartei erfüllt. Der Herr Kriegsbeschädigtenaufkäufer wurde daher an die Luft gesetzt, und der Hamburger Bund erließ eine Erklärung — in der er sich aber mit dem Berliner Bund solidarischer erklärte!

In ihrer Not wandten sich die Menschen an die „Wirtschaftliche Vereinigung Kriegsbeschädigter in Essen“, deren Führung schon vorher durch gelbe Tendenzen aufgefallen war. Hier hatten sie mehr Glück. Der Essener Vorstand erließ eine Rundgebung in gewünschter Sinne, die aber alsbald auf dem stillen Fuß der Partei aus den Reihen der Mitglieder für wieder demantiert werden mußte. — Doch scheint man auf die Forderung dieser Organisation innerhalb noch Hoffnung zu setzen, zumal der Schriftleiter des Essener Verbandsorgans, Herr Karl Schneider, gleichzeitig Redakteur an der Rheinisch-Westfälischen Zeitung ist. Dieser Herr Schneider hat nun eine Schrift geschrieben, die sich mit Kriegsbeschädigtenfragen befaßt. In einem an die leitenden Schwerindustrieellen gerichteten Rundschreiben wird für die Verbreitung dieser Schrift Propaganda gemacht. Verfasser des Rundschreibens ist Herr Reinhold Wille, der Hauptführer der Rheinisch-Westfäl. Zeitung. Das Rundschreiben läuft zunächst durch Schwerindustrieellen des roten Kampfes gegen den „Bund der Kriegsbeschädigten und ehem. Kriegsteilnehmer“ Stimmung zu machen. Herr Wille schreibt:

Man darf sich nicht verhehlen, daß hier eine große Gefahr im Verzuge ist. Nur zu leicht gelangt es, Kriegsbeschädigte und Kriegsteilnehmer zu verhehlen und aus ihnen die radikalsten Elemente zu machen. Zielbewußte und sofortige Gegenarbeit ist hier vonnöten.

Herr Wille empfiehlt dann die Schneider'sche Schrift durch die „Der Sozialdemokratie des Wasser abzugeben wird“. Er fährt dann fort:

Ich bin nun der Ansicht, daß gerade die Arbeiter ein großes Interesse an der Verbreitung der Schrift haben, denn die Arbeiter sind die Leidtragenden, wenn es der Sozialdemokratie gelingt, Kriegsbeschädigte und Kriegsteilnehmer als militärische Reserve in ihre Hand zu bekommen. Deshalb möchte ich ihnen sehr empfehlen, die Broschüre unter ihrer Arbeiterschaft verteilen zu lassen. Damit die Wirkung eine um so größere ist und die Arbeiter nicht hinterlistig werden, könnte das vielleicht in der Weise geschehen, daß die Verteilung von Kriegsbeschädigten ihres Wertes ungenutzbar wird, mit denen sich der Arbeiter in Verbindung setzen könnte.

Die Schrift ist 64 Seiten stark und kostet im Einzelverkauf 1 Mk., beim Massenbezug 75 Pf.

Ein fauberes Märchen: Die Schriften der Gelben sollen nicht mehr vom Reaktor aus direkt verteilt werden, weil sie dann von vornherein auf die Ablehnung der Arbeiter stoßen, sondern sollen durch die Kriegsbeschädigten verbreitet werden, bei denen sie der Essener Verband einschmuggeln soll. Daß der Essener Verband in dieser Weise für die Unternehmener arbeitet, — gerade die Unternehmener haben ein großes Interesse an der Verbreitung der Schrift, — sagt Herr Wille — bekräftigt voll und ganz den Charakter dieses Geschehens.

Nun aber hat sich noch ein dritter Kriegsbeschädigtenaufkäufer eingestellt dem der Essener Verband noch nicht zuvorkäufig genug zu sein scheint. Es ist der Generalleutnant a. D. Vollbrecht, der herausgehört eines in den weltlichen Kreisen unbekanntem Privatlebens. „Das praktische Blatt“, ein Mann, der das Patriarchat mit dem Militärischen zu verbinden weiß. Denn er verbindet mit der Stellung der Kriegsbeschädigten aus den Klängen des hohen Reichstages eine Hülfsaktion für sein im Sterben liegendes Märchen. Wir gelangen in den Besitz des nachstehenden verbindlichen Rundschreibens:

Verbreitender Anschluß des „Praktischen Blattes“ (Verbreiter der Schrift) und ehemaliger Kriegsteilnehmer. (Verbreiter der Schrift) „Das praktische Blatt“, Berlin C. 42, Oranienstraße 140. Verantw.: Direktion der Distanz-Gesellschaft, Depotstraße 139 unter „Zedlgrau“.

Berlin, 11. März 1918.

Vertraulich! Euer Hochwohlgehabter!

Eine große Gefahr droht unserer Vaterlandspartei der Sozialdemokratie, der rechtzeitig zu begegnen unser Pflicht ist. Zu diesem soll nämlich ein Bundesrat des bereits 300 Ortsgruppen zählenden sozialdemokratischen Bundes Kriegsbeschädigter und Kriegsteilnehmer über den die Minderheit der Analyse näheres besagt, für das ganze Reich stattfinden. Man will den Bund noch weiter ausbauen und durch ihn den sozialdemokratischen Geist in die Massen der heimkehrenden Krieger bringen und auch die der Sozialdemokratie noch fernstehenden nationalgesinnten Krieger, insbesondere die in den wirtschaftlich-ethischen Verbänden und die nicht organisierten Arbeiter und Angestellten in der Industrie, Landwirtschaft und im Handel auf dem Umwege über den Kriegsbeschädigtenbund der Sozialdemokratie zuführen. Die Sozialdemokratie will sich damit das gesammelte Lebensgewicht über die Angestellten und Arbeiter erhalten, das sie bis jetzt noch nicht besitzt, und das Speer der Krieger bei deren Heimkehr in Händen haben.

Nach Hülfsaufnahme mit ungeheuren Kosten der Industrie und Landwirtschaft sowie mit den für unsere Bestrebungen in Frage kommenden Arbeiterorganisationen soll nun, in allerseitsiger Erkenntnis der Gefahr, dem sozialdemokratischen Burde entgegengetreten werden. Es muß eine Stimmung, geschaffen werden, die aus der Masse der Krieger einen Gegenstand entstehen läßt. Der Mann darf nicht bei der Gefahr stehen, daß er zum Feind wird und gestiftet werden soll. Nur eine Lösung: die unsere Bestrebungen hervorzuheben und unterstützenden Zeitung „Das praktische Blatt“ sind

bereits Kriegsbeschädigte und sonstige einflussreiche Kriegsteilnehmer für diesen Zweck gewonnen worden. Gestellt ist, diesen Bund über das ganze Reich auszubreiten und ihn in Landesvereine mit Ortsgruppen und Bezirksstellen zu gliedern; die Mitglieder sollen die Zeitung kostenlos erhalten, wie wir überhaupt durch gemeinsame Einrichtungen vorbildlich und ansehend vorgehen wollen.

Für die Durchführung dieser Pläne, zunächst für die Verbreitung unserer Absichten, für die Aufführung und Werbung von Mitgliedern ist die befolgende Zielsetzung: die genaue und genaue Besetzung der Ortsgruppen, welche die Mitte ergibt um entsprechende Besetzung von Bezirksgruppen:

- a) für Feld- und Heimatarmee, Soldaten- und Erholungsheime, b) für in ihren Diensten stehende oder sonstige dortige entlassene Kriegsteilnehmer

Der Verband an die erste Gruppe würde am zweckmäßigsten nach hier übertragen werden, für die zweite Gruppe wird gebeten, die Zeitung entweder direkt für eigene Verteilung zu beziehen oder uns die betreffenden Adressen jeweils direkter Postzusendung auszugeben.

Stellen von 300 Zeitungen und darüber, für die der Halbjahresbezug auf 3,50 Mk. ermäßigt wird, erhalten wir Bericht über unsere Arbeit und Erfolge.

Hochachtungsvoll Vollbrecht, Generalleutnant a. D.

Dieser Auffäufer will also durch wirtschaftliche Vorteile Kriegsbeschädigte fördern, um aus ihnen eine Schutztruppe gegen die Sozialdemokratie zu formieren. Sobald man die Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer über diese dunklen Pläne aufklärt, werden sie sich wohl davor zu hüten wissen. Es soll übrigens zu dem Vorstehenden noch ausdrücklich hervorzuheben werden, daß der besagte Bund der Kriegsbeschädigten und ehem. Kriegsteilnehmer in Wirklichkeit mit der Sozialdemokratie nicht das mindeste zu tun hat. Nichtig ist allerdings, was ein zweiter Aufsatz des Herrn Vollbrecht, den sein „Praktisches Blatt“ an der Spitze bringt, zugestehen muß, daß nämlich, im Schützengraben das Volk ein anderer Geist erfaßt hat, als ihn die Kriegervereine früher pflegten.

Über gerade dieser Geist wird es verhindern, daß sich die Kriegsbeschädigten nie schmerzliche Gelbe vom Gelde der Alldeutschen ankaufen lassen. Die Alldeutschen werden die Erfahrung machen, daß in Deutschland doch noch nicht alles für Geld zu haben ist, und daß es namentlich unter den Kriegsteilnehmern zu gut wie niemand geben wird, der sich seine im Schützengraben erworbene Meinung von dem Herren Schwerindustrieellen und ihren Hintermännern abkaufen läßt.

Der Krieg mit Italien.

Nachkehr der italienischen Minister von London.

Lugano, 19. März. Die italienischen Minister Orlando, Bissolati, D'Alasio und der General Giardino, Vertreter Italiens im Obersten interalliierten Kriegsrat in Versailles, sowie der Verordnungsminister Ceresoli sind gestern nachmittag auf ihr Rückreise von London in Turin eingetroffen. Ministerpräsident Orlando hatte sofort eine längere Unterredung mit dem Chef des Generalstabes General Diaz.

In den politischen Kreisen Roms sieht man mit fieberhafter Ungeduld den Aufklärungen über das Resultat der Londoner Konferenz entgegen. Orlando wird heute abend wieder in Rom eintreffen und wahrscheinlich bereits morgen im Ministerrat über das Resultat der Konferenz berichten. Auch Comino, welcher wegen Unpäßlichkeit das Zimmer hüten mußte, wird dem Ministerrat unter allen Umständen beizutreten. Ceresoli glaubt, daß die Beratungen wegen der Londoner Konferenz nicht in einer einzigen Sitzung des Ministerrates werden erledigt werden können.

Deutscher Reichstag.

148. Sitzung, Dienstag den 19. März, vormitt. 11 Uhr.

Am Bundesratspräsident: Balltraf.

Anfragen.

Herr Dr. Müller-Meiningen (Rp.) fragt, ob tatsächlich in Collau von den dort beschäftigten Randturmlenuten die Erklärung gefordert worden ist, nach 4 Monate nach der Demobilisierung im Dienst zu bleiben, und daß diejenigen, die damit nicht einverstanden waren, dem Fremdbund zugewiesen werden sollen. Oberst v. Braun: Während der Demobilisierung müssen eingearbeitete Kräfte zur Verfügung gestellt werden. Sie müssen daher rechtzeitig befragt werden, damit man weiß, für welche Kräfte sorgen kann. Ein Druck soll natürlich nicht ausgeübt werden.

Herr Reichert (Sp.) fragt wegen einem die Verbilligung der Reichsbahnfahrpreise unterzubehaltenen Beschlusses. Demnach soll über die Höhe der Reichsbahnfahrpreise über die Ausgabe von Notgeld und Stoffen an Miltionsminister im

Niederbarnim hat einstimmig beschlossen, ihren Mitgliedern für die am 26. März stattfindende Sitzungsperiode eine Entlohnung zu bewilligen.

Die Ortskommission hat nicht den von uns gewünschten Ausweg genommen. Der Verwaltungsrat hat einen beträchtlichen Vorprung und in der Stichwahl werden ihm außerdem die bürgerlichen Stimmen zufließen.

Die Gründe dieses Erfolges der Abwählung sind folgende: Ihnen stand vor allem die Freizügigkeit und der gesamte Gewerkschaftsapparat zur Verfügung. Weder haben sie rücksichtslos und fruchtlos ausgenutzt und in ihrer Wahllokalität sich nicht geschämt, das traurige Vorbild des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie nachzumachen.

Wir besitzen seit dem Ausbruch keine Tageszeitung mehr. Wir waren in der Saupflichte auf die mündliche Agitation angewiesen, und er löst uns zudem zahlreiche der besten arbeitsfähigen Kräfte, die uns nach den bekannten Vorgängen der letzten Zeit entzogen worden sind.

Wir sind überzeugt, daß dieser Triumph des Regierungssozialismus nur vorübergehend ist. Aber in der Zeit zwischen Saupflichte und Stichwahl kann sich der Wandel nicht vollziehen, und so verzichten wir unter den obwaltenden Umständen auf eine Beteiligung an der Stichwahl.

Unsrücklich haben wir heroz, daß diese Jurisdiktion nicht etwa in der Abweisung ihren Grund hat, gegen einen auch sozialdemokratischen Kandidaten zu Felde zu ziehen. Im Gegenteil, wir sind mehr als je von dem Gedanken zu dem Regierungssozialismus durchdrungen und werden in der Bestimmung dieser Gewerkschaft nicht erweichen.

Wir sammeln unsere Kräfte für die großen Kämpfe, die uns bevorstehen. Wir werden in ihnen den Gedanken des Klassenkampfes gegen den der Harmonie, den des internationalen revolutionären Sozialismus gegen den des Nationalismus mit umfänglicher Energie vertreten.

Wir sind durch den Ausgang der Wahl in keiner Weise entmutigt. Wir stehen zu unseren Grundideen und werden allen Eifer daran wenden, aufklärend und belehrend in die weitesten Kreise zu bringen, um so dem Völkerverfrieden und der Völkerefreiheit die Bahn zu brechen.

Das Kreiswahlkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratie Niederbarnim.

Ob die an Verdächtigungen und Beschuldigungen der Sozialdemokratie so reich begnadigte des Reichstages die Parteigänger über die Tatsache hinwegtäuschen wird, daß sie um eine bessere Sache kämpfen, ist doch sehr zweifelhaft. Wenn sich die Anhänger der Unabhängigen noch eine Spur realpolitischen Senses bewahrt haben, werden sie erkennen, wohin der Weg führt: dahin, nach bisher noch alle Selbstverleugung geführt hat, herab und schließlich in den politischen Sumpf. Doch die Führer der „politischen“ Rolle nicht abgeben können, — wer wollte ihnen das bei der Eintracht in ihre Situation verdanken? Aber die Arbeiter, die sich leinertig durch Broten und große Worte haben verleiten lassen, sich von der großen Massen-gemeinschaft mit ihren Klassenangehörigen abzukuppeln, sollen in sich gehen und bedenken, daß die gewaltigen Aufgaben, die der deutschen Arbeiterkraft nach dem Kriege harren, keine politischen Erntetouren und keine Spielerei eines verzeihlichen Konformitätsgelastes gestatten. Sie sollten nicht vergessen, daß bei der unabhängigen Partei das schlimmste Vergehen Parte gestanden hat, das an der Arbeiterbewegung verübt werden kann: der Disziplinbruch.

Die Denkschrift des Fürsten Sigmowski. Wir deuteten schon vor ein paar Tagen in unserem Artikel Juli 1914 an, daß die nächsten Tage der deutschen Öffentlichkeit eine Uebersetzung bringen würden. Sie bestand darin, daß eine Denkschrift des früheren deutschen Gesandten in London, des Fürsten Sigmowski, bekannt geworden und im Saupflichte des Reichstages besprochen worden ist. Fürst Sigmowski hat nach jeder Rücksicht aus England nach Kriegsausbruch keine Aufkündigung über die damalige diplomatische Lage niedergelassen und in sechs Exemplaren intimen Freunden eine Abschrift gegeben. In dieser Denkschrift greift der Fürst die deutsche Politik scharf an und macht sie für den Ausbruch des Krieges verantwortlich, während er die englische Politik als trübend in Schutz nimmt. Von dieser Denkschrift sind nun Exemplare in größerer Anzahl veröffentlicht worden und es ist anzunehmen, daß sie auch in das feindliche Ausland gelangt sind, wo man nur auf eine geeignete Gelegenheit wartet, um sie der Öffentlichkeit zu übergeben. Es ist selbstverständlich, daß diese Denkschrift auch im Lande großes Aufsehen erregen mußte. Wir werden daher morgen den Bericht über die Sitzung des Saupflichtes wiedergeben, die sich mit der Denkschrift des Fürsten Sigmowski beschäftigt.

Der Verfassungsausschuß des Reichstages beschloß in seiner Sitzung am Dienstag, die sonstigen noch zu erledigenden Arbeiten zurückzustellen und zunächst in die Beratung der Wahlrechtsvorlage einzutreten. Zum Berichterstatter wurde der Hrn. Reichshof (3) ernannt. Von mehreren Seiten wurden Wünsche auf Veränderung weiteren Materials an die Regierung gerichtet. Hrn. Grundauer wünschte, daß die wichtigsten Bestimmungen der ausländischen Gesetzgebung über die Verhältnisse vorgetragen werden, ferner eine Darstellung über die Gestaltung der Verhältniswahl, wenn die Zweimänner-Wahlweise zu mindestens Dreimänner-Wahlweise erweitert würden. Hrn. Ehrhöfer unterließ diese Wünsche und Staatssekretär Wallraf sagte das geforderte Material an. In die eigentliche Beratung der Vorlage soll nach Eingang dieses Materials eingetreten werden.

Aus dem preussischen Abgeordnetentage. Das Abgeordnetentage hat am Dienstag zunächst den Gesetzentwurf über Verlängerung der Legislaturperiode in erster und zweiter Lesung beraten. Wie der Minister des Innern einleitend bemerkte, ist der Gesetzentwurf deswegen eingebracht, weil es unumgänglich ist, solange die Hälfte der Wähler unter den 30 Jahren steht, normale Wahlen vorzunehmen. Sollte die Regierung in eine Zwangslage kommen, so würde sie trotzdem zu Neuwahlen schreiten. Dieser Hinweis auf das eventuelle Scheitern der Wahlrechtsvorlage wurde von den Konservativen, an deren Adresse er gerichtet war, mit eigenem Schweigen aufgenommen. Die weitere Sitzung wurde ausgesetzt durch die Beratung des Etats der Bauverwaltung. Es entspann sich hierbei eine große Kanalarbeit. Der Staatshaushaltsausschuß hatte beantragt, die Regierung zu ersuchen, dem Landtage alsbald einen Entwurf zu unterbreiten für die Herstellung einer durchgehenden stromfähigen Wasserstraße von der westlichen Grenze

Preußens bis zu seiner Ostgrenze und ferner zwecks Schaffung eines einheitlichen leistungsfähigen Wassertrahnetzes in Preußen recht bald einen Plan für den weiteren Ausbau vorhandener Wasserstraßen und Wasserfälle sowie für die Herstellung neuer Schiffahrtsstraßen vorzulegen. Weiterenswert an der Debatte ist, daß jetzt auch den Kreisen der Konservativen und Freikonserverativen, die bekanntlich früher entschiedene Gegner der Kanäle gewesen sind, die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Ausbaues unseres Kanalnetzes zu dämmern beginnt.

Lozales.

Münster, 20. März.

Bezug von Kriegsschuhwerk. Die Reichsleistungsstelle hat die Bezugsscheinausfertigungsstellen angewiesen, von jetzt an Bezugsscheine auf Schuhwaren nur in den dringendsten Notfällen, z. B. vollständigen Verlust des Schuhwerks, nicht aber Konfirmation, Todesfall u. dgl. auszufertigen, da vom 1. April 1918 an durch die von da anzuwendende Reichsstelle für die Schuhverfertigung eine Neuregelung des Bezugsscheinfahrens für Schuhwaren erfolgt, wodurch Schuhwaren in weitem Umfange, insbesondere sogenannte Größ- und Kriegsschuhwerk, bezugsfähig werden sollen.

Auszeichnung. Das Eiserne Kreuz 2. Kl. erhielt der Weisfelder W. Behrens, Sohn des Kohlenhändlers Tade Behrens hierorts. Es ist dieses der vierte von sechs im Felde

Letzte Telegramme.

Hessiger Artilleriekampf bei Verdun.

(W. Z. V.) Großes Hauptquartier, 20. März. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppen des Generalstabes des Kronprinzen Rupprecht von Bayern und des deutschen Kronprinzen: In der Mitte und am La Bassée-Kanal dauerte die rege Gefechtsintensität fort. Das in diesen Abschnitten am Morgen abfließende Artilleriefeuer nahm am Nachmittag wieder an Stärke zu. In der übrigen Front lebte die Geschützaktivität nur in den Abendstunden hauptsächlich von Cambrai, zwischen Die und Ailette, nördlich von Berry an Tac und an einzelnen Stellen in der Champagne auf.

Heeresgruppen des Generals v. Gallwitz und des Generalstabes Herzog Albrecht von Württemberg: Der Feuerkampf bei Verdun ging heftig weiter. Die heftigste Artillerie bekämpfte sich vielfach mit größerem Munitionseinsatz. Nordöstlich Bures brachte ein eigenes Unternehmen Gefangene und Waischneidewerk ein. Starke Tätigkeit entfaltete der Feind im Parroyvalle. Das vom frühen Morgen an gesteigerte Feuer hielt ohne Unterbrechung bis zur Dunkelheit an. Auch in den Abschnitten von Mamont und Babonvillers war die französische Artillerieaktivität reg.

Dien:

In der Ukraine haben wirtschafteingriffe zur Säuberung der von Dniupol nach Nordosten führenden Bahn vorgehende Truppen bei Nowo Ukraina stärkere Kämpfe im Kampfe vertrieben.

Der vertragsgemäß am 19. März abzulebende Waffenstillstand mit Rumänien wurde bis zum 23. März mitternacht verlängert.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: v. Ludendorff.

Holland und die Entente.

(W. Z. V.) London, 20. März. Reuters erfährt, daß der englischen Regierung bis gestern nachmittag noch keine Antwort der Regierung der Niederlande auf die Note der Alliierten zugegangen war. Es lag also weder eine Bestätigung des britischen Gesandten im Haag noch eine des niederländischen Gesandten in London vor, daß die niederländische Regierung den ihr vorgelegenen Bedingungen zugestimmt habe. Infolgedessen ist eine neue Notifikation nach dem Haag gelangt worden, wonach die Alliierten mangels einer ungewöhnlichen Annahme ihrer Note zur einer sofortigen Beschlagnahme der Schiffe schreiten müßten. Da Telegramme aus Holland den Anschein erwecken, als habe die Regierung der Niederlande die Note der Alliierten angenommen, so sollte von neuem betont werden, daß der bloße Versuch einer ägernden Annahme des Wobius vordem vom vergangenen Januar seitens Holland der Sachlage nicht gerecht wird, da sich die Situation seitdem von Grund auf geändert hat.

Gestern hat die Kammer in Holland sich mit dem Ultimatum der Alliierten an Holland und die Antwort der holländischen Regierung darauf befaßt. Die zu Worte gekommenen Redner haben die Politik der Regierung fast durchweg nicht gebilligt. Es wurde besonders bemängelt, daß die Regierung die Bedingungen angenommen habe. Sie hätte protestieren sollen, um dem die Dinge sich entwickeln zu lassen. Diese Meinung vertrat der christlichsoziale Führer. Er hielt es auch nicht für richtig, daß von Deutschland die Lieferung von Getreide in einer so kurzen Frist verlangt worden sei, trotzdem die holländischen Getreidebestände bedeutend länger als die festgelegte Frist reichten. Der sozialdemokratische Redner griff die Regierung an, weil sie Antwort erteilt und ihre Entscheidung getroffen habe, bevor die Generalstaaten sich äußern konnten.

Eine Meldung besagt, daß die Alliierten die Bedingungen, unter denen Holland die Schiffe ausliefern will, nicht anerkennen wird.

Amerika hat zunächst die Beschlagnahme der holländischen Schiffe in amerikanischen Häfen — 700 000 Br.-R.-T. — noch nicht vorgenommen. Es will scheinbar nochmals mit Holland verhandeln oder ihm Zeit lassen.

Noch keine Grenzsperrre gegenüber Holland.

(W. Z. V.) Berlin, 20. März. In der Notterdamer Wörse behaupten nach einer eigenen, der Nordd. Allg. Sta. zugegangenen Meldung, informierte Kreise mit Bestimmtheit, daß die alliierten Regierungen den Vorschlag Hollands abgelehnt haben. Die Tatsache, daß die Rohölmenge aus Deutschland ausbleiben, habe die De-

stehenden Söhnen des Herrn W., denen das Ehrenzeichen verliehen wurde.

Die Verletzung von Unteroffizieren und Gemeinen. Recht häufig haben namentlich ältere Unteroffiziere und Gemeine den Wunsch, von einem Truppteil zu einem anderen, der vielleicht näher an ihrer Heimat liegt, versetzt zu werden. Innerhalb eines Armeekorps machte diese Verletzung noch die wenigsten Schwierigkeiten. Anders, wenn es sich um die Verlegung in ein anderes Armeekorps handelte. Namentlich ist verifiziert worden, daß von jetzt ab für die Dauer des Krieges Unteroffiziere und Gemeine der Ersatztruppenteile und immobilen Formationen auf ihren Wunsch aus einem Korpsbereich in den anderen innerhalb des preussischen Kontingents nur mit Genehmigung des stellvertretenden Generalkommandos verlegt werden dürfen.

Aus aller Welt.

Mordhat eines verfolgten Mörders. Bei der Festnahme des politischen Arbeiters Johann Schmitz, der am 9. März den Gemeindevorsteher Schöner aus Steinböden erschossen hatte, gab der Verbrecher auf den einen verfolgten Polizeiergegnern Radomski zwei Schüsse ab, von denen der zweite den Beamten tötete. Obwohl der Mörder noch weitere Schüsse auf seine Verfolger abgab, konnte er bald darauf dingfest gemacht werden.

Wettervorhersage.

Donnerstag: Heiter bis wolken, etwas kälter. Keine oder geringe Niederschläge.

18 000 Br.-R.-T. vernichtet.

(W. Z. V.) Berlin, 20. März. (Amtlich.) Unterseebooterfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 18 000 Br.-R.-T. Ein tschechischer bewaffneter Dampfer wurde an der englischen Ostküste aus stark gesichertem Geleitunge herausgeschossen. Ein englischer Dampfer, wahrscheinlich mit Munitionsladung, verlor angeblich nach der Dorschbodelnau. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

(W. Z. V.) Berlin, 20. März. Der im Economist am 9. Februar veröffentlichte Jahresbericht der Liverpooler Heerdeien beschäftigt sich mit dem Schaden, den die britische Schiffahrt unter dem Druck des Unterseebootkrieges mittelbar durch die staatliche Beschlagnahme und Verwertung ihrer Fahrzeuge erleidet. Auch in Deutschland ist bekannt, daß behördlich geleitete Betriebe nicht so erfolgreich wirtschaften können, wie freie Unternehmen. Das Ergebnis der seit einem Jahre bürokratisch bewerkstelligten Heerdeien beurteilt der Jahresbericht als einen sehr erheblichen Rückgang der gesamten Einfuhrungen. Dabei besteht dringender Grund, freier zu erheben, daß der Verlust an Tragkräften die tatsächlichen Verluste sehr wesentlich übersteigt und daß hierfür die Zeitverluste bei den unternehmenen Fahrten verhältnismäßig ist. Die zwölftausend Millionen Deutsches-Mark-Kommen, um die der feindliche, sowie der im Feindbesitz stehende neutrale Frachtraum seit Kriegesbeginn geschädigt ist, umficht mithin nicht sämtliche Verluste, die der Unterseebootkrieg unieren Gegnern zugefügt hat, sondern es muß auch die durch die staatliche Bevormundung bedingte erhebliche Abnahme der Leistungsfähigkeit der Welttonnage berücksichtigt werden.

Von der Besetzung des Hilfskreuzers Seebler.

(W. Z. V.) Berlin, 20. März. Die Nordd. Allg. Sta. schreibt: Wie wir aus zuverlässiger Quelle hören, ist die von feindlichen Nachrichtenagenturen verbreitete Meldung, daß die in Chile gelandeten Mannschaften des Hilfskreuzers Seebler von der chilenischen Regierung interniert worden seien, unzutreffend. Die Mannschaft befindet sich vielmehr auf freiem Fuße und ist nur bis zur Klärung der mit ihrer weiteren Behandlung zusammenhängenden Rechtsfragen unter behördliche Aufsicht gestellt.

Graf Ruyburg nicht in Chile eingetroffen.

(W. Z. V.) Berlin, 20. März. Die Nordd. Allg. Sta. meldet: Die Wittermeldung, daß der Graf de Ruyburg in Ruyburg in Chile eingetroffen sei, entspricht nach hier vorliegenden Nachrichten nicht den Tatsachen.

Vom japanischen Kronat.

(W. Z. V.) Amsterdam, 20. März. Einen Heftigen Matte zufolge erfahren die Times aus Tokio: Zu dem heutigen Kronrat, dem vorwiegend der Kaiser beigegenohnt hat, wurde es für unausdrücklich gehalten, daß man zu einer militärischen Aktion übergehen werde, ehe das Parlament am Ende des Monats vertagt worden sei.

Zu der großen Explosion bei St. Denis.

(W. Z. V.) Bern, 20. März. Journal schätzt den durch die Explosionskatastrophe in Conneux und den benachbarten Ortshäfen angelegten Gebäudeschaden vorläufig auf 10 Milliarden Franken, nicht mitgerechnet die Fabriken, die Werkstätten, ihre Einrichtungen, sowie den Wert der vernichteten Granaten. Da in Paris kaum noch Glas erhältlich ist, wird von der Polizei zur Verbesserung der eingedrungenen Fensterheben gelbes Papier geliefert.

Maschinenschaden auf einem holländischen Kriegsschiff.

(W. Z. V.) Christiania, 20. März. Laut Wittermeldung ist das holländische Kriegsschiff Herzog Gerhard von zwei holländischen Schleppten wegen Maschinenschaden nach Bergen eingebraucht worden, wo er repariert werden soll.

Hierzu eine Beilage.

Responsible Redakteur: Oskar Günlich. — Verlag von Paul Hug. — Notationsdruck von Paul Hug & Co. in Münster.

„Der Hias“

Das Haus
Mellumstr. 21
mit Laden u. 7 vierzähligen
und 3 dreizähligen Zimmern
wird billig bei entspr.
Eingebung verkauft. Näher
schreiblich von 6419
Joh. Giers, Bapelerfel.

Die Verpachtung des neu
angelegten an der Fortifikations-
straße in Neuenroden
gelegenen Gemüselandes der
Herrn Gebroder Müller
hier, findet nicht Freitag,
den 22. d. Mts., sondern
Montag, d. 25. d. M.,
vormittags von 9 bis 12 Uhr,
in meinem Geschäftszimmer
statt. [7365]

Rüstringen, 19. März 1918
H. Gerdes
amtl. Auktionator.

Verpachtung.
Für die Herren Gebroder
Müller hierseits kommt
**unaufgeteiltes
Gemüseland**

zur Verpachtung, und zwar:
1. **Donnerstag, 21. d. M.,**
vorm. von 9 bis 1 Uhr, drei
am Felsenberg hierseits
gelegene Sämling-Gemüseland
2. **Montag, 25. d. Mts.,**
vormittags von 9-12 Uhr,
das an der Fortifikations-
straße in Neuenroden
gelegene Gemüseland
in meinem Geschäftszimmer.
3. **Sonntag, 23. d. Mts.,**
nachm. von 3 bis 6 Uhr, das
beim Wilhelmshavener
städt. Friedhof gelegene
fertig gepflanzte Landstück.
Diesenigen Pacht Liebhaber,
welche sich bei mir haben
vornehmen lassen, haben den
Vorzug, müssen aber in den
oben bezeichneten Terminen
erscheinen. Ich bemerke da-
bei, daß am Stadtpark und
bei der Mühle kein Ge-
müseland mehr zur Verpachtung
kommt und daß die Pacht-
liebhaber, welche sich für dort
haben vornehmen lassen, dafür
in den oben bezeichneten Ter-
minen in erster Linie vorzuzie-
hen sind. Näheres wird
öffentlich werden sollen. [7309]
Rüstringen, 18. März 1918.
H. Gerdes
amtl. Auktionator.

Schleiferei
für
**Messer
Scheren**
u. s. w. [1173]

B. F. Kuhlmann
Joh. E. Kuhlmann
Bismarckstr. 69.

Schöne weisshaltige
und weisshaltige
Pflanzbohnen
zu verkaufen. 7338
Fortifikationsstraße 169.

Empfehle meine beiden an-
gehörten Eier zum Züchten.
Friedrich Schreus,
6120 Wilhelmsstr. 36.

Güterhändler Oldenburg.
Schulbücher
billig zu verkaufen. [7361]
Königsstraße 156, III links.

Adler

Theater 7205
Gesellschaft für Kunst und
Metropol-Theater Köln.

Nur noch bis 3. 20. März:
Kaiserplatz 3
:: eine Treppe ::
Der bekannte rheinische
Komiker Peter Prang
als Gast.

Ab 21. März:
Amanda Knacker.
Gelaug-Schwanz
mit Peter Prang in
der Hauptrolle.

Dezimalwagen
von 100 bis 250 Kilogr.
Tragfähigkeit empfehlen
Gebrüder Meyer
Göterstraße 65.

Volks- Theater

Heute
und folgende Tage:
Krieg den Frauen.
Lustspiel in fünf Akten
von R. Knefel.

In Vorbereitung:
Ostern.
von H. Steinberg.

Volksküchen
Mellumstraße u. Mühlenstraße
Kaiserstr., Friederichstr.,
Bremer Str., Markthalle Markt
Solange Vorrat reicht, empf.

Rauchtabak
in garant. unverfälscht. Ware
Mischtabak
in wohlfeil. bester Qualität.
P. Bergande, Marktstr. 30

H. O. W.
Möbel
Ständiges Lager in
allen Preislagen.
Hermann Onnen
Geschäftshaus
für Raumausstattung
Göterstraße 18.

Wilhelmsbau. Bügelmaschinen
Marktstraße 33. I
Friedrichstr. 4, part. I.
besorgt Knäueln, Repara-
turen, Reinigen sämtl. Garde-
roben prompt und billig.

Landessparkasse zu Oldenburg.

Zeichnungen auf die achte Kriegs-anleihe

(5% Reichsanleihe und 4 1/2% Reichs-Schatzanweisungen)
werden

von Montag, den 18. März, bis Donnerstag, den 18. April 1918, mittags,
bei der Landessparkasse zu Oldenburg und ihren Nebenstellen in Delmenhorst und
Rüstringen, sowie bei allen Annahmestellen der Landessparkasse entgegengenommen.
Ferner werden dort, um die Einlegung kleinerer Beträge in Kriegs-anleihe zu
fördern, während obiger Zeichnungsfrist Neueinlagen im Betrage von 5-500 M auf

Kriegsanleihe-Sparbücher

unter folgenden Bedingungen angenommen:

1. Die Einlage wird mit 5 vom Hundert verzinst.
2. Sie kann vor Ablauf eines Jahres nach Aufhebung des Kriegszustandes nicht zurückgenommen werden. Nach Eintritt dieses Zeitpunktes ist die Abhebung der Einlage ganz oder in Teilbeträgen jederzeit zulässig.
3. Den auf Kriegs-anleihe-Sparbücher eingehenden Gesamtbetrag verwendet die Sparkasse zur Zeichnung der Kriegs-anleihe für eigene Bedienung.
4. Abhebung bereits bestehender Sparbücher und Verwendung dieser Beträge zu Neueinlagen auf Kriegs-anleihe-Sparbücher ist nicht gestattet.

Oldenburg, den 16. März 1918.

Der Vorstand der Landessparkasse.
Calmeyer-Schmedes. [7288]

Am Sonnabend den 23. März 1918
fällt mein Sprechtag
in Jever aus.
Dr. jur. Lüerssen
Rechtsanwalt, Rüstringen 7367

Allgem. Ortskrankenkasse
Wilhelmshaven-Rüstringen.
Bekanntmachung.

Den Mitgliedern, sowie den Arbeitgebern hiermit zur
Kenntnis, daß vom 1. April d. J. ab folgende Satzungs-
änderungen in Kraft treten:

§ 17 Abs. 1 Zeile 4 statt „sechs Mark“ zu lesen „zehn
Mark“. Satz 3 zu streichen von „bis einschließ-
lich 5.80 Ml.“ (6. Stufe) bis (7. Stufe)“ und
dafür zu lesen und nachzufügen:
bis einschließlich 5.50 Ml. (6. Stufe)
von 5.51 Ml. „ „ „ 6.50 „ (7. Stufe)
„ 6.51 „ „ „ 7.50 „ (8. Stufe)
„ 7.51 „ „ „ 8.50 „ (9. Stufe)
„ 8.51 „ „ „ 9.00 „ (10. Stufe)
„ „ mehr als 9.00 „ (11. Stufe)

§ 18 Abs. 2. Hiernach wird der Grundlohn bis auf
weiteres festgesetzt:
für die 1. Stufe 1-7 nachzufügen
für die 8. Stufe auf 7.00 Ml.
„ „ 9. „ „ 8.00 „
„ „ 10. „ „ 9.00 „
„ „ 11. „ „ 10.00 „

§ 19 Abs. 2 Zeile 11 statt „6 Ml.“ zu lesen „10 Ml.“
§ 20 Abs. 1 Zeile 2 für „des halben Grundlohns“ zu
lesen „von 60 Prozent des Grundlohns“
§ 32 Abs. 1 Zeile 2 statt „30fache des Grundlohns“
zu lesen „40fache des Grundlohns“

§ 47 Abs. 1 Zeile 1 statt „auf 4 Hundertstel“ (wie durch
Notgesetz vom 4. August 1914 bereits genehmigt)
zu lesen „auf 4,5 Hundertstel“

Satz 2 muß lauten: Sie betragen
für die 1. Stufe 0.27 Ml.
„ „ 2. „ 0.42 „
„ „ 3. „ 0.65 „
„ „ 4. „ 0.90 „
„ „ 5. „ 1.14 „
„ „ 6. „ 1.38 „
„ „ 7. „ 1.62 „
„ „ 8. „ 1.89 „
„ „ 9. „ 2.16 „
„ „ 10. „ 2.43 „
„ „ 11. „ 2.70 „

§ 52 Abs. 1 Zeile 2 statt „zwei Drittel“ (0.16) zu lesen
„zwei Drittel“ (0.18).

§ 62 Absatz 1 Zeile 2 statt „auf vier Jahre“ zu lesen
„auf zwei Jahre“

Infolge der erhöhten Grundlöhne ist zwecks richtiger
Eingruppierung der Mitgliedsmitglieder in die richtige Beitrags-
klasse die rechtzeitige Neuanmeldung sämtlicher versicherung-
spflichtiger Personen erforderlich. Alle Arbeitgeber werden
deshalb hiermit aufgefordert, sämtliche Beschäftigten bis
zum 3. April d. J. mit richtiger Verdienstangabe neu
anzumelden. Den 8 Stundenlöhnen oder Monatsgehältern
sind Vorkosten und Zulagen hinzuzurechnen.

Der Vorstand.

F. Freudenberg, Vorsitzender. [7286]

Flaschen
als Wein- und Esslöffeln
sowie Papierabfälle
kauft zu höchsten Preisen
6723 Habede, Marktstr. 38.

Zahle höchste Preise
für neue u. gebrauchte Möbel
sowie ganze Hausstände.
Gerh. Jansson, Wilhelmsh.
Lauerstr. 12, Ecke Rieder Str.

Ordentl. Herr
sucht 3. 1. April möbl. Zimmer
bei netten Leuten, Nähe Tor-
pedowerk oder Siebelsburg.
Preisangeb. an Friedrich,
7345 Müllerstr. 40, p. v.

Variete Metropol.
- Täglich -
Nivoli
und das große
Spezialitätenprogramm!

Bin stets Käufer
guter, neuer und gebrauchter
Möbel u. dergl., sowie ganzer
Hausstände und Waren aller
Arten.
[2203]

Hinrich Mannen
G. Piet W. Nachf., Marktstr.
111, am Rathauspl.

R. St. R.
Mittwoch, 20. März
abends 8 1/2 Uhr:
Sitzung
in groß. Mathauskungs-
saal an der Wilhelmsh. Str.
Der Vorstand.

Für die vielen Glück- und
Segenswünsche zur Kon-
firmation unseres Sohnes
Heinrich sagen wir unseren
berzlichsten Dank. 7357
Rüstringen, 20. März 1918.
Heinrich Nide und Frau,
Mühlengäßchen 22.

Holz - Rouleaux
in allen Mustern und
Preislagen empfiehlt
Eduard Dittmann
Werktstr. 17, Tel. 1326.

**Kinder-
Sitzliegewagen**
(Marke Brennabor) preis-
wert zu verkaufen.
Peterstr. 93, I L.

Nachruf!
Am Sonntag, 17. d.
Monats, verstarb unter
Freund und Mitgefühl
der Bestattungsberechtigten

Joh. Janssen
im 63. Lebensjahre.
Wir verlieren in dem
Verstorbenen ein braves
Mitglied und werden
sein Andenken in Ehren
halten. 7358

Unterstützungsverein
in Sterbefällen für die
Arbeiter der
Reifschmiedewerkstatt
Kloster IV.

Die Beerdigung findet
Donnerstag, 21. März,
nachm. 3 Uhr, von der
Leichenhalle des Fried-
hofs in Oldenburg aus
statt.

Die Beerdigung
unseres lieben Entschlafenen
Friedrich Otten
findet am Donnerstag den
21. März nachm. 3 Uhr von
der Leichenhalle des Fried-
hofs Oldenburg aus statt
Familie Bernhard Otten,
Genossenschaftstraße Nr. 105.

Danksagung.
Für die herzlichste Teilnahme
und vielen Kranzspenden beim
Hinscheiden unseres kleinen
Ewald sagen wir allen Ver-
wandten u. Bekannten sowie
Herrn Walter Röhler für die
treuerhaltenen Worte am Grabe
unsern herzlichsten Dank.
Theodor Zug, 3. St. im Felde
und Frau. [7363]

„Der Hias“

Zur beginnenden
Frühjahrsbestellung
empfehlen wir unser reichhaltiges Lager in
**Spaten, Hacken, Hacken
Holzrechen, Blumenrechen
Pflanzern, Gartenleinen
Gießkannen usw., ferner
kräftig gebaute Handwagen
in allen Größen. 7354**

Gebrüder Meyer
Rüstringen, Göterstraße 65.

**Kriegs-Wohlfahrts-Spiele
im Parkhaus.**

Sonntag den 23. März 1918
abends 8.15 Uhr:
Der Raub der Sabinerinnen.
Schwant in 4 Akten von Fr. und P. Schönthan.

Sonntag den 24. März 1918
nachmittags 4 Uhr zu ermäßigten Preisen:
Im weißen Rössl.

abends 8.15 Uhr: 7351

Herrn Söhne.
Tafelstück in 3 Akten von Walter und L. Stein.
Vorerlauf in Hofes Buchhandlung, Moonstr.,
und Niemeyers Zigarrengeschäft, Bismarckstr.

Trauerbriefe fertigen an Paul Hug & Co.

Todes-Anzeige.
Gestern morgen 9 1/2 Uhr entschlief sanft
und ruhig nach kurzer heftiger Krankheit
meine liebe Frau, meines Sohnes liebevolle,
treuerzorgende Mutter

Luise Föste, geb. Hohn
im Alter von 33 Jahren.
Wilhelmshaven, den 20. März 1918.

In tiefer Trauer:
Heinrich Föste nebst Verwandten.

Die Beerdigung findet am Freitag nach-
mittags 3 Uhr von der Leichenhalle des
neuen Friedhofes aus statt. 7364

Todes-Anzeige.
Wir erhielten die traurige Nachricht, dass
mein lieber, guter Mann, unser guter Sohn,
Schwiegersohn, Bruder und Schwager, der
Bataillons-Tambour in einem Inf.-Regiment

Wilhelm Waschkau
am 25. Novbr. 1917 im Alter von 27 Jahren
ein Opfer des Weltkrieges geworden ist.

Dies bringen tiefbetrübt zur Anzeige
Rüstringen, den 20. März 1918

Clara Waschkau, geb. Schönbeck,
nebst Angehörigen. 7349

Familie Otto Waschkau, Bremen.

Oldenburgischer Landtag.

(Schluß des Berichts der Montag-Sitzung)

Es folgt die Vorlage der Regierung auf Veränderung des Steuerzuschlagsgesetzes vom 10. Januar 1918, betreffend weitere Gewährung von Kriegsteuerzuschlägen. Liegen an Beamte und Arbeiter. Die vorliegenden Anträge des Verwaltungsausschusses sind: Reichmann, Meyer beantragen, für verheiratete Arbeiter und Arbeiterinnen ohne Kinder den Satz um 216 M. zu erhöhen und den Satz für mittlere und obere Beamte um 144 M. ferner den Resten eine Zulage von weiteren 120 M. zu geben. Die Mehrheit des Ausschusses beantragte, allen Beschäftigten gleichmäßig 180 M. zu geben und ist gegen eine Erhöhung der Kriegsteuern. Durch interparlamentarische Besprechungen ist erreicht worden, eine Verhängung der Parteien zu erzielen und zieht die Mehrheit ihre Anträge als aus schließliches Grund, nachdem die Mehrheit ihren Antrag dahin geändert hat, daß der Zuschlag für verheiratete Arbeiter und Arbeiterinnen um 216 M. erhöht wird, für die übrigen Beamten um 180 M. Die Regierung hat sich mit diesen Vorschlägen einverstanden erklärt. Die Verhandlungen werden durch die zu geleisteten Anträge wesentlich abgeklärt.

Finanzminister Graepel geht auf die Wirkung der neuen Vorlage auf das Finanzergebnis ein. Die gesamten Erhebungen würden einen Reibbetrag von ca. 1 Million Mark ergeben. Trotzdem der Anteil der Regierung die Finanzlage günstig und führt aus, daß die Vorschläge, einen Steuerzuschlag zu erhöhen, nicht besteht. Auch gegen Zartenschillingen spricht sich die Regierung aus.

Abg. Tannen-Geering spricht sich dahin aus, daß ein Defizit der Eisenbahn nicht auf Steuern übernommen werden darf; ebenso erklärt Abg. Tappenbeck sich gegen jede Veräußerung der Eisenbahnanlagen und Landesfinanzen. Abg. Meier erklärt einen Verfassungsantrag ein, der den Arbeiter und Beamten eine besondere Steuerzuschlag für die letzten Wohnungsverhältnisse geben will und stellt dabei 80 000 Mark zur Verfügung, ohne die Zulage auf bestimmte Orte zu beschränken.

Abg. Schmidt-Belz ist gegen den Antrag, der die Gewährung der Sonderzulage in das distinktionäre Ermessen der Regierung stellt.

Minister Graepel: Eine unterschiedliche Behandlung nach Steuerungsverhältnissen ist gerechtfertigt, jedoch unter Beachtung auf Orte mit besonderen Verhältnissen, wie Wälder, Bergbau, Weinlagen und Bremen.

Abg. Tannen-Geering befürwortet, daß der erste Schritt mit Sonderzulagen ins Interesse führt.

Der Antrag Meier wird zurückgegeben, um in verbesserter Form zur zweiten Lesung gestellt zu werden.

Bei den Bestimmungen werden namentlich die Anträge angenommen, die die Zulage für die unteren Klassen um 216 M., für die übrigen um 180 M. erhöhen.

In der Frage der Abzüge bei Kriegsteilnehmern einigt man sich dahin, daß es heißt: Bei alleinlebenden Kriegsteilnehmern fällt die Kriegszulage fort. Wenn neben dem Kriegsteilnehmer noch eine weitere Person zu berücksichtigen ist, wird die halbe Grundzulage gewährt. Die Zulage für jede weitere Person fällt unberührt.

Ein Antrag, wonach die Regierung zur zweiten Lesung Vorschläge zur Deckungsfrage der Mehrausgabe machen soll, wird abgelehnt nach der Erklärung der Regierung, die Eingangs erwähnt ist.

Der selbständige Antrag des Abg. Behrens über die Ernährungsfrage bringt eine längere Debatte. Der Antrag bezweckt, einer weiteren Erhöhung der Preise für Milch, Butter, Eier, usw. entgegenzuwirken. Er beinhaltet die ungenügende Versorgung und Entgeltminderung besonders in den ländlichen Gemeinden und fordert, bei der Beschaffung von Kartoffelzubehörfnissen nicht jedwede Menge, Anlieferungsplätzen einzuräumen.

Abg. Behrens weist bei der Begründung des Antrages auf alle die Vorkämpfer, die eine Vertagung der Lebensmittelpreise bevorzugen haben, kritisiert den Selbständigen, der sich nur in dem heutigen Umfang auszusprechen konnte, weil man von

vorneherein in der Erwartung der Beschlüsse zu nachsichtig vorgegangen sei, wodurch auch zugleich der Käufer geschädigt ist und beklagt zugleich den Rückgang der Besoldungen und die fastige Senkung der Vorkämpfer zur Erhaltung der Lebensmittelpreise seitens einiger Amtshauptleute. Sodann beipflichtet Redner die Maßnahmen der Landesstellen, die Verteuerung der Milch, Butter und Eier, die in dem Umfang sich wohl hätte vermeiden lassen und begründet die Vorkämpferanträge, wovon der Antrag gegen preislässige Verteuerung bei den Milch- und Butterpreisen so bald als möglich zu sein. Nur die ungenügende Versorgung einzelner Industriegebiete, wie Norddänemark, kommt Redner besonders zu sprechen.

Minister Scheer: Wenn der Abg. Behrens ein richtiges Bild von dem gewiß vielfach unzufriedenen Zustände geben wollte, wäre es seine Pflicht gewesen, hervorzuheben, daß wir uns in vielen Jahre eines niedrigeren Preises befinden, durch den wir von der Einfuhr vom Ausland abgehalten sind. Wir sind auf uns selbst angewiesen. Ein Durchhalten ist nur möglich gewesen durch die Zwangsbeschränkung. Aber die Schwächen der Zwangsbeschränkung beweisen, daß der Kommunismus falsch ist. Wir werden nach dem Kriege wieder zur freien Preisbildung zurückkehren müssen. Niemanden seien die Preissteigerungen so niedrig wie in Dänemark. Dem Kaufschmel der Behörden ist jetzt ein Gemisch angelegt. Kaufschmel ist für Oldenburg eine Industrieversicherungsgesellschaft zu schaffen. Die Vorwürfe gegen einzelne Amtshauptleute werde die Regierung nachprüfen.

Abg. von Wilms beipflichtet die Maßnahmen der Landesstellen und legt die Gründe für die Verteuerung der Milch, Butter und Eier auseinander. Den energigsten Maßnahmen der Landesstellen sei es zu danken, wenn die genannten Lebensmittel in der Menge noch da sind.

Abg. Enckel tritt für langen Ausführungen die Maßnahmen der Stellen, die vom Abg. Solmann entschieden beipflichtet werden.

Die Debatte ist eine sehr ausgiebige und beteiligen sich eine ganze Reihe Redner, auf die eingehender wir uns in nächster auf die Hauptanträge beschränken müssen. Eine Senkung der Milch- und Butterpreise steht zu erwarten.

Die Anträge des Abg. Behrens werden alsdann angenommen. Die Position der Kommunistenvertreter aus Wäldern, für welche ebenfalls Abg. Behrens ein Vorkämpfer ist, findet durch den Antrag des Ausschusses für Erhebung der sich dafür ausgesprochen, in alle Landesstellen ein bis zwei Konsumistenvertreter hinzuzusetzen.

Es wird sodann die Abstimmung über den Antrag des Abg. Tappenbeck zur Gemeindeordnung nachgeholt, das Vorschlag der Grundbesitzvertretung im Gemeinderat von Zweidrittel auf die Hälfte herabzusetzen. Der Antrag fand beifällige bei der ersten Abstimmung. Namentlich stimmten bei namentlicher Abstimmung 20 Abgeordnete für, 18 gegen den Antrag. Der Antrag Tappenbeck mit allen Forderungen zur Änderung der Gemeindeordnung wird dann mit 22 gegen 13 Stimmen angenommen.

In der Plenarsitzung vom Dienstag den 19. März wurden folgende Gegenstände erledigt:

Zwei Petitionen aus der Bürgermeisterei Gerresheim in Viefeld um Erhöhung des Einkommens und Steuerzuschlägen werden zur Prüfung übergeben.

Der selbständige Antrag des Abg. Schreiber auf Veränderung der Geschäftsordnung und ein gleiches Verlangen des Abg. v. Voegler werden angenommen. Der Antrag Schreiber regelt die Frage der Stellung selbständiger Anträge von Gruppen von Abgeordneten, bzw. von Fraktionen, was bisher nach der Geschäftsordnung nicht möglich war, der Antrag Voegler sucht Grundbesitzer in der Geschäftsordnung zu berücksichtigen.

Der Gesetzentwurf der Regierung betreffend Anstellung eines dritten Oberförstern bei den Oberförstereien und eine große Gesetzgebung. Diese richtet sich weniger gegen die zu schaffende neue Stelle, als vielmehr dagegen, eine dritte Stelle zu bewilligen, die nicht dauernd erforderlich ist und nur geschaffen werden soll, wenn man den einen Oberförster aus denjenigen ansieht, der der Durchführung einer großzügigen Aufzucht, wie sie die Mehrheit des Landtages will, im Wege steht, nicht gehen lassen will.

Abg. Tappenbeck als Berichterstatter begründet die Anträge des Finanzausschusses näher, der sehr eingehend und lange

sich mit der Vorlage befaßt hat. Er streift die Schulreformforderungen des Landtages, Fortentwicklung aller Beschäftigten, wobei alle Beteiligten einig sind, wovon jedoch in den Zielen, die dahin führen sollen, die Meinungen auseinandergehen, und fordert, den richtigen Mann an den richtigen Platz zu setzen, um die Schulreform im Sinne der Mehrheit des Landtages befriedigend zu lösen.

Abg. Driber spricht ebenfalls für Beförderung der dritten Schulstufenstelle, freilich aus anderen Motiven. Er erkennt an, daß die Schulfragen im Prinzip sind, worin von Überleitung und nicht zur Fortschritt, in der Beförderung, daß die Volksschule somit Gefahr läuft bei den Versuchen. Die Schulfrage ist für ihn eine Geldfrage und er will erst später, wenn anderwärts Erfahrungen gesammelt sind, mit dem Ausbau der Schule vorwärts gehen.

Minister v. Hülsen hat ebenfalls die Anträge des Finanzausschusses und erklärt, den Weg nicht gehen zu können, der verlangt, einen Oberförster bezugslos, der das ganze evangelische Schulwesen lenkt, während der Neuanstellung sich erst hinein arbeiten müßte und tritt für die Bemittlung der dritten Schulstufenstelle ein, die wieder eingehend kam, sobald die zweite Stelle frei wird. Die Nichtvollziehung verzögere die angeforderte Schulreform.

Abg. Tappenbeck hält die Gründe des Ministers nicht für stichhaltig, da ja bei jedem Stellenwechsel solche Schwierigkeiten entstehen.

Abg. Tannen-Geering erklärt, daß der Landtag die Kosten nicht scheut für einen weiteren Kreislauf der Schulreform, die die Mehrheit des Ausschusses nicht scheut, daß man doch nicht ohne zwingende Gründe jemand stellen schieben könne.

Abg. Tannen-Geering und Abg. Müller-Walke wollen im Gegensatz zu den Anträgen auf Ablehnung der dritten Schulstufenstelle diese im Interesse der Finanzfrage der Schulreform bewilligen.

Abg. Schmidt-Delmenhorst hält bei dieser Gelegenheit eine Philippika gegen die Vorkämpfer.

Schließlich wird der Antrag des Finanzausschusses auf Aufhebung der dritten Oberförstereistellen mit 29 gegen 7 Stimmen angenommen und zugleich die Mittel für Anstellung eines schlesischen Mitgliedes im evangelischen Ausschuss, bei einem Anfangsgehalt von 5000 M. bis 8500 M. bei 850 M. Zulagenbeiträgen.

Verbunden mit der Beratung dieses Gegenstandes ist eine Petition verschiedener Frauengruppen auf Fortbildung der schlesischen Mädchen. Eine Mehrheit des Ausschusses von Liberalen und Sozialdemokraten fordert nach dem Kriege einen allgemeinen Schulplan für den Ausbau des Schulwesens und stellt dabei folgende Forderungen auf:

1. Erneuerung der Schulpflicht um ein Jahr;
2. weitere Verminderung der Höchstzahl der Schüler der Volksschulklasse;
3. einen Ausbau der Volksschule, die eine weitere Förderung aller Kinder durch Berücksichtigung ihrer Leistungsfähigkeit (Fleiß und Begabung) und Förderung nach derselben ermöglicht;
4. die organische Verbindung der Volksschule mit den höheren Schulen;
5. die Pflichtfortbildung der männlichen und weiblichen Jugend;
6. eine verbesserte Ausbildung der Lehrkräfte für die Volksschule.

Eine mit der Eingabe verbundene Denkschrift wird zusammen mit der Eingabe als Material in Schulfragen der Regierung übergeben.

Eine Petition der Volkswärter des Herzogtums um Gewährung der Zivilstandsdienerqualifikation wird zur Berücksichtigung übergeben im Sinne einer Regierungserklärung.

Ein Antrag des niederdeutschen landwirtschaftlichen Verbandes auf Erhaltung und Förderung der plattdeutschen Sprache wird als Material übergeben.

Angenommen wird ein Antrag des Abg. Dürr auf Änderung der Gemeindeordnung für das Fürstentum Birkenfeld in der Richtung, daß Frauen zu den Kommissionen der Gemeinde hinzugezogen werden können.

Darauf erfolgt die Beratung einer vertraulichen Vorlage. Fortsetzung der Tagung nachmittags 5 Uhr.

feuilleton.

Verena Stadler.

Von Ernst Zahn.

(Nachdruck verboten.)

29) „Das Warten nicht nichts“, gab sie zu. „Ich will dem Antifles davon sagen, heute noch.“

Am Nachmittag stand sie in des Antifles Stube und hatte den kleinen Balkholar bei sich. Er hing ihr am Arm, während sie erzählte, was sie herabachte. Die Stube war niedrig, beengt, aber mit alten Möbeln gefüllt und mit allem Tafelgeschirr versehen. Es war die herrliche Stube, die zu dem letzten Antifles gehörte. Der alte Herrschende an einem Tisch geessen und ließ sich die goldene Wirtin an die Seite, hohe Stuhl, während er Verena zuzuhörte. Aus den oberen Köhlen schob der scharfe Blick seiner hochgezogenen Augen auf des Wirtens. Er hatte dieses jüdisch und schlau und jung im Wirtenshaus domies, es darin alten und seinen Augenkreis über schwerer Arbeit und Sorge abhalten sehen. Er muß die hohe, edle Gestalt, die derde, zerarbeitete Hand. Derweilen schloß Verena das, was sie zu sagen hatte.

„So“, sagte der Antifles. Wieder sah er sie schärf und fest an. Dann legte er beide weißen Hände, die nicht mehr ganz stark waren und unmerklich zitterten, langsam, die Finger verknüpfend, vor sich auf den Tisch und sagte laut, mit scharfer Betonung, so daß jedes Wort wie hineingeworfen klang. „Nichtung habe ich vor Ihnen, Verena Stadler, große Antifles.“

Verena atmete tief. Es bedrängte sie etwas, als fragte ihr ein Schicksal in die Seele. Der Antifles erob sich nicht. Als er gesprochen hatte, sah er noch so unbehellig dort wie vorher und kein vornehmtes Gesicht war glatt und still. Aber gegen hatte er die Worte und es war etwas Großes darin. Verena verachtete ein Mädchen, dann aber ein der unbehilfliche Verena. Endlich sagte sie nur: „Ja, so wie ich jetzt bin.“

Den ganzen Heimweg hatte sie in dem Gedanken, was der Antifles gesagt hatte.

Wenige Wochen später war die Hochzeit, eine stille heimlich feierliche. Es war kein einziger Gast dabei. Verena wollte es

nicht und Wilhelm sagte sich. Er sagte sich manchmal, tat das schon all die Zeit her, seit sie ihm verprochen hatte. Aber es war kaum Zeit, seitdem; denn die Verena meinte ihm, daß er mußte. Wenn sie in all den Jahren, die sie neben ihm im gleichen Hause gelebt, nicht immer ihr verneint hatte, so war das gewesen, weil sie selber sich in keinem Moment wußte, ihr zu gehen oder zu rufen. Jetzt fand sie ihm näher und jetzt mußte sie alle Kraft und Klugheit anwenden, der noch zu leisten, der bisher über allerlei schlimme Zeiten hinweg gekommen war. Und während er, wie erkannte über ihre stille Entscheidung, gleichsam nur halb was, unwillkürlich tat, was sie wollte, brachte sie ihn langsam in das rechte Geleise zurück.

Die ganzen Wochen her war er nicht ausgegangen, mit Ausnahme dessen, daß er an den Abenden des Turnvereins wöchentlich einmal lief. Dabhi bemerkte er kaum, daß er ein anderes Leben lebte. Verena hatte eine sonderbare Art, ihn das vergessen zu machen. Sie wußte ihn auf den Abend in die Wohnung zu laden und verstand ihn dort festzuhalten. Sie spielte Karten mit ihm, las ihm vor, lehrte ihn sich mit dem Kinde beschäftigen und an ihm sich freuen; oft — und sie schmückte und quälte sich heimlich, daß sie dem kleinen Balkholar ein Reides damit tue — hielt sie das Kind über Gehör lange auf, nur um den Vater zu halten. Aber er erreichte, was sie wollte: Wilhelm gab das böse Leben auf.

Für eine Zeitlang!

Ein Jahr lang tat es gut, äußerlich gut einmal. Eines wußte Verena damals schon: die heimliche Gläubigkeit konnte sie ihm nicht wegnehmen. Sie merkte es immer wieder, daß er in einem Schrank, in einer Ecke verriet die böse Heimlichkeit stehen hatte. Er war schlau darin, verschlagen und erfindlich; immer wieder, wenn sie ihm Vorklängen machte, schien er ihr recht zu geben und immer wieder hinterlang er sie. Da erkannte sie allmählich, daß die starke Hand, die sie ihm zu reichen meinte, doch zu heiß war; es gab Augenblicke, in denen sie sich selbst bitter ankämpfte darum, daß sie der Liebe, seiner ersten Frau, Schwachs oder gar Verleumdung, wenn sie jetzt sah, daß auch sie nicht wieder seinen Reichtum aufkam. Und sie höbte sich selbst: „Nah, siehst jetzt, was du bernaagt!“

So war schon im ersten Jahre ihrer Ehe ein heimlicher Kampf ihnen selbst demirte Kampf zwischen den beiden, ob-

gleich die Dienstleute und die Nachbarschaft rühmten: „Die hält ihn in Ordnung, den Vater, die junge Frau.“

Das zweite Jahr kam, der Winter brachte eine stillere Zeit ins Geschäft, stiller als kühler; in der Nähe war eine neue Bäckerei entstanden. „Du mußt dich wehren, Wilhelm, laßte Verena; „du darfst dir keinen Kunden wegnehmen lassen von dem neuen.“ In aber wachte der Kerger und lächelte ihm die Luft am Arbeiten. Eines Abends war er umhergehens aus dem Hause gegangen und kam spät in der Nacht heim. „Wo bist du gewesen?“ fragte sie.

„Im Schwarzen Wären!“ Das war eines seiner frühren Stammlokale.

Sie sah ihn schärf an und war sehr bleid. Er hielt ihren Blick nicht aus, gähnte, war im Dufel und warf sich aufs Sofa. „Wilhelm“, sagte sie, „lange es nicht wieder an, das Leben! Ich sehe nicht ruhig zu.“

Jetzt riß er die Augen auf. Ihr Ton war zitterig und weckte und dachte ihm. Er sah, daß ihre ganze Gestalt beate, ihre Hände geballt waren und eine große Entschlossenheit in ihrer Haltung lag. Er murkte etwas. „Nein — nein, ich gehe schon nicht mehr“, versand sie dann. Aber sie mußte betnebe daß es nur der Anfang von Schlimmerem war.

Die ganze Woche freilich hielt er bei ihr still. Am Sonntag ging er wieder. Dann wieder und wieder. Verena steuerte sich dagegen. Sie behielt lange ihre Ruhe und feste Güte, die viel über ihn vermochten. Je mehr sie aber ihrer Wacht über ihn verlustig ging, desto mürrischer wurde sie und manchmal brach ihr die Gestalt, daß sie ihn schalt. Gegen herbe Worte trogte er und war nachher schämmer als vorher. Verena wußte, daß es nicht mehr lange dauern konnte, bis auch andere wieder in das Glend hineinkam, das ihr allmählich aufging. In dieser Not aber fielen Thränen und Ungehuld, die vorübergehend in ihr gewunden, langsam wieder von ihr ab. Die Klarheit ihres Willens und ihrer Festigkeit wußte siehlich mit dem Glend, das in ihrer Ehe sich mehrte. Wacker und outredt stand sie und tat dem ohnmächtigen Menschen, ihren Mann, was ihr zu tun blieb. Manchmal, wenn sie im Abend sah, daß sie die Statue des Reformators wieder sehen. Sie freute sich noch an dem mächtigen eigenen Willen. Aber sie wußte nicht, daß sie selbst jetzt die Stirne so hoch trug wie der brüder am See, bei im Streit allezeit festgehalten.

(Fort. folgt.)

